



R  
A  
T  
D  
E  
R  
G  
E  
M  
E  
I  
N  
D  
E  
N  
R  
E  
G  
I  
O  
N  
E  
N  
E  
U  
R  
O  
P  
A  
S

Rat der Gemeinden  
und Regionen Europas

JAHRESBERICHT 2004



## Jahresbericht 2004

# Inhaltsübersicht

Vorwort des Präsidenten	2
Die politische Struktur des RGRE im Zeitraum 2005-2007	3
1. Die Zukunft Europas, aktive Bürgerschaft, Städtepartnerschaften, der RGRE	4
2. Öffentliche Dienstleistungen / öffentliches Auftragswesen	7
3. Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Energie	9
4. Regionalpolitik und Verkehr	12
5. Beschäftigung, Soziales, Gleichstellung	14
6. Informationsgesellschaft	17
7. Ein erweitertes Europa, das sich der Welt öffnet	18
8. Kommunikationsaspekte	20
<i>Anlagen :</i>	
- <i>Die satzungsmässigen Sitzungen des RGRE im Jahr 2004</i>	22
- <i>Kurzer Überblick über den RGRE</i>	23
- <i>Die Aktivitäten des RGRE</i>	23
- <i>Ihre Kontaktpersonen im RGRE</i>	24

# 2004:

## Europa gibt sich eine neue Dimension

2004 wird in die Geschichte der Europäischen Union als ein denkwürdiges Jahr eingehen, insbesondere aus der Sicht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.

Die größte Erweiterungswelle wurde im Mai 2004 verzeichnet (zehn neue Staaten, wodurch die Bevölkerungszahl der Europäischen Union auf 450 Millionen anstieg). Die Auswirkungen der Erweiterung sind beträchtlich, vor allem in den Städten und Regionen der neuen Mitgliedstaaten. Diese müssen sich nun an alle Gesetze und alle Bestimmungen der EU anpassen. Der RGRE hat mit seinen Mitgliedern in den Kandidatenländern gearbeitet, um sie auf den Beitritt vorzubereiten, insbesondere über das Seminar "Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Gemeinden", das in Brno im April 2004 stattfand, sowie über unser LOGON-Netzwerk.

Die Unterzeichnung des Verfassungsvertrages für Europa in Rom war der Ausklang von zwei Jahren Arbeit für den RGRE : es ging darum, eine echte europäische Verfassung zu erwirken, die den Gebietskörperschaften eine bedeutende Rolle zuerkennt. Die meisten unserer Zielsetzungen wurden erreicht: die erstmalige ausdrückliche Anerkennung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung in den offiziellen Texten der EU, die Einbeziehung der Rolle der territorialen Gebietskörperschaften in das Subsidiaritätsprinzip, die stärkere Verpflichtung unsere Verbände zu konsultieren und die Auswirkungen aller neuen Gesetze auf unsere Städte und Regionen zu berücksichtigen.

2004 war ausserdem das Jahr, in dem eine neue europäische Kommission berufen wurde und Wahlen für das Europäische Parlament stattfanden. Darüber hinaus war die Gesetzgebung der Gemeinschaft im Jahr 2004 von hoher Bedeutung für unsere Städte und Regionen. Zahlreiche Vorschläge sind veröffentlicht worden, die unsere öffentlichen Dienstleistungen berühren (insbesondere in bezug auf staatliche Beihilfen und öffentlich-private Partnerschaften), und vor allem die Vorschläge der Europäischen Kommission über die Zukunft der Kohäsionspolitik und der Strukturfonds. Wir haben diese Vorschläge weitgehend mitgetragen.

Am Ende des Jahres 2004 hat der Rat der Gemeinden und Regionen Europas ausserdem alle seine politischen Mandate erneuert. Als Zeichen für die enge Verbundenheit des RGRE mit der Europäischen Union ist unser Hauptausschuss in Maastricht zusammengetreten. Es handelte sich hier um die letzte Sitzung unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing als Präsidenten des RGRE, bevor sein Mandat auslief. Ich bin sein Nachfolger und ergreife diese Gelegenheit, um ihm für die Arbeit zu danken, die er als Präsident des RGRE geleistet hat. Acht Jahre lang, in der Zeit von 1997 bis 2004, hat Valéry Giscard d'Estaing den RGRE verkörpert und sein politisches Gewicht in die Waagschale gelegt, um der Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas einen stärkeren Widerhall zu verleihen.

Als neuer Präsident des RGRE bin ich bestrebt, seine Bemühungen fortzuführen. Die Gebietskörperschaften haben die Aufgabe, ihre Bürger über die Europäische Union und die europäische Verfassung zu unterrichten. Wir haben die Pflicht, die gemeinschaftliche Gesetzgebung, die unser Leben so stark beeinflusst, noch enger zu begleiten. 2005 wird auch ein vielschichtiges Jahr: die öffentlichen Dienstleistungen, die Umwelt, die Lissabonner Agenda und die Strukturfonds rufen uns zur aktiven Mitarbeit auf.



Dr. Michael Häupl,  
Präsident des RGRE  
Bürgermeister und  
Landeshauptmann von Wien

# die politische Struktur

des RGRE im Zeitraum



Präsident

Valéry Giscard d'Estaing



Präsident

Dr. Michael Häupl  
*Bürgermeister und Landeshauptmann  
von Wien; Präsident des Österreichischen  
Städtebundes*



Erster Vize-Präsident

Dr. Heinrich Hoffschulte



Erster Vize-Präsident

Wim Deetman  
*Bürgermeister von Den Haag*



Exekutiv-Präsident

Dr. Michael Häupl  
*Bürgermeister und Landeshauptmann  
von Wien; Präsident des Österreichischen  
Städtebundes*



Exekutiv-Präsidentin

Bärbel Dieckmann  
*Oberbürgermeisterin von Bonn*



Exekutiv-Präsident

Hans Van der Sluijs  
*Bürgermeister von Maarssen*



Exekutiv-Präsident

Oldrich Vlasak  
*Mitglied des Europäischen Parlaments*



Exekutiv-Präsident

Walter Veltroni  
*Bürgermeister von Rom*



Exekutiv-Präsident

Walter Veltroni  
*Bürgermeister von Rom*



Ehrenpräsident

Valéry Giscard d'Estaing



# Der RGRE und die Zukunft Europas das Jahr des grossen Umbruchs!

*2004 war ein entscheidendes Jahr für die Europäische Union : die Osterweiterung, die Verabschiedung der Europäischen Verfassung, die Europawahlen und die Berufung der neuen europäischen Kommission haben nacheinander in einem kurzen Zeitraum stattgefunden. All diese Geschehnisse waren von hoher Bedeutung für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas.*

**B**etrachten wir zunächst die **Europäische Union**, hier war das Jahr 2004 der Ausklang eines zweijährigen Arbeitsprozesses für den RGRE : zwei Jahre in denen es zunächst darum ging sicherzustellen, dass vom Konvent zur Zukunft Europas die Interessen der Gebietskörperschaften gewahrt werden, um danach für die Verfassung, in der von den europäischen Staats- und Regierungschefs abgesegneten Form, ins Feld zu ziehen. Dabei ist zu bemerken, dass der Hauptausschuss des RGRE bei seiner Sitzung in Maastricht im Dezember 2004 eine politische Erklärung zur Verfassung verabschiedet hat. In dieser Erklärung drückt der Hauptausschuss seine Genugtuung über die Tatsache aus, dass die lokale und regionale

Selbstverwaltung erstmals von der EU ausdrücklich als Bestandteil der nationalen Identitäten anerkannt wird. Er begrüsst darin auch weitere Errungenschaften, wie die Erweiterung der Definition des Subsidiaritätsprinzips auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften oder die dem Ausschuss der Regionen der EU zugesprochene Befugnis, in bestimmten Fällen vor Gericht zu ziehen.

Der Erste Vizepräsident des RGRE, Dr. Heinrich Hoffschulte, ist eingeladen worden, bei der Sitzung der Kommission für Verfassungsfragen und europäische Governance des Ausschusses der Regionen im Berliner Bundestag am 27. Mai 2004 einen Vortrag zu halten. Dabei hat Dr. Heinrich Hoffschulte insbesondere darauf hingewiesen, dass für die Gebietskörperschaften das Prinzip der Verhältnismässigkeit ebenso wichtig ist wie das der Subsidiarität.

## **DIE OSTERWEITERUNG : FOLGEERSCHEINUNGEN AUF LOKALER UND REGIONALER EBENE**

Am 23. April wurde vom RGRE und der SMO (Union der Städte und Gemeinden Tschechiens) in Brno, Tschechien, ein Seminar abgehalten zum Thema "**Auswirkungen des EU-Beitritts auf Städte und Gemeinden.**" Ca. einhundert Vertreter aus Städten und Gemeinden der künftigen EU-Mitgliedstaaten nahmen an der Sitzung teil. Bei Abschluss des Seminars wurde vom tschechischen Premierminister, Vladimir Spidla, und dem Präsidenten der SMO, Oldrich Vlasak, ein Kooperationsvertrag

abgeschlossen. Dieser Vertrag sieht vor, dass die nationale Regierung die lokalen Gebietskörperschaften Tschechiens konsultiert in allen Angelegenheiten, die für letztere von Belang sind.

Weiterhin hat der RGRE am 24. Mai 2004 in Strassburg eine Arbeitsrunde mit den Präsidenten der nationalen Gebietskörperschaftsverbände der neuen EU-Mitgliedstaaten veranstaltet. Diese Sitzung fand am Rande des KGRE statt. Die Teilnehmer hatten so die Möglichkeit, ihre Prioritäten und Erwartungen gegenüber dem RGRE im Rahmen der Erweiterung zur Sprache zu bringen.

Die **LOGON-Arbeitsgruppe** (Netzwerk zur Vorbereitung der Gemeinden der Kandidatenländer auf ihren Beitritt zur EU) des RGRE ist im Jahr 2004 zweimal zusammengetreten. Der RGRE hat die Mitglieder des Netzwerks bei ihrem Studienbesuch in Brüssel Anfang April empfangen.

Bei der zweiten Sitzung, die im Herbst in Prag stattfand, wurden vom Presse- und Informationsreferenten des RGRE Informationsstrategien für die Mitgliedsverbände vorgestellt. Zur Weiterbegleitung dieser Kommunikationsarbeit ist ein Fragenkatalog über die Bedürfnisse der Mitgliedsverbände ausgearbeitet worden. Anhand des Ergebnisses dieser Umfrage wird der RGRE Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Mitgliedsverbänden und ihren Mitgliedern erarbeiten.

#### DER BEITRAG DES RGRE ZU DEN EUROPAWAHLEN

Der Rat der Gemeinden und Regionen hat sich auch für die Europawahlen im Juni engagiert. Am 13. Mai wurde vom RGRE ein **Manifest der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften** veröffentlicht, das sämtlichen politischen Parteien Europas und den Kandidaten für die Europawahlen zugesandt wurde. In diesem Manifest wurden die Bedenken und Prioritäten der lokalen und regionalen Verwaltungen zu Themen wie die Europäische Verfassung, öffentliche Dienstleistungen, Kohäsionspolitik usw. deutlich gemacht.

Im gleichen Sinne hat das Exekutivbüro bei seiner Sitzung in Dublin am 31. Mai einen Aufruf an die europäischen Bürger gerichtet, um sie aufzufordern, sich an den Europawahlen zu beteiligen. Gleichzeitig wurden mit diesem Aufruf die lokalen, regionalen und nationalen Gebietskörperschaften angeregt, sich für eine starke Wahlbeteiligung einzusetzen.

#### FÜR EINEN STRUKTURIERTEN DIALOG ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION UND DEN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

Ca.70% des europäischen Regelwerks kommen auf kommunaler und regionaler Ebene zur Anwendung. Aus diesem Grund ist die Einrichtung eines **systematischen Dialogs zwischen der Europäischen Kommission und den Verbänden der Europäischen Städte und Regionen** eine Notwendigkeit. Über mehrere Jahre hat der RGRE Druck ausgeübt, um einen solchen Dialog in Gang zu bringen. Anfang des Jahres 2004 hat sich die Europäische Kommission dazu bereit erklärt. Das ganze Jahr hindurch hat sich der Rat der Gemeinden und Regionen Europas aktiv in der Plattform der europäischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaftsverbände engagiert. Die Einführungssitzung dieses Dialogs fand am 10. Mai in Brüssel statt, im Beisein insbesondere des Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, und des Kommissars für Regionalpolitik, Jacques Barrot. Der Erste Vizepräsident des RGRE, Dr. Heinrich Hoffschulte, hat die Notwendigkeit hervorgehoben, die nationalen und europäischen Verbände zu allen Fragen, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berühren, zu konsultieren.

Danach ist von der Plattform am 26. Juni 2004 ein Schreiben an den Präsidenten der Europäischen Kommission gesandt worden, in dem die Plattform Vorschläge zur praktischen Abwicklung dieses Dialogs unterbreitet hat. Dabei haben die Mitglieder der Plattform insbesondere deutlich gemacht, wie viel ihnen daran liegt, dass dieser Dialog die Form einer effizienten Kommunikation in beide Richtungen annimmt. Der RGRE besteht weiterhin darauf, dass es wichtig ist, Sitzungen zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und den europäischen Kommissaren zu veranstalten, die verantwortlich sind für Themen, die Auswirkungen auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften haben.

Der RGRE hat sich dafür eingesetzt, dass möglichst enge Beziehungen zwischen den europäischen Institutionen auf der einen, und den Kommunen und Regionen Europas auf der anderen Seite geknüpft werden. Das ganze Jahr hindurch hat der Rat der Gemeinden und Regionen als Sprachrohr agiert, um die Initiativen der Kommission den europäischen Bürgern nahezubringen. Zum Beispiel hat der RGRE das Projekt **"Europe Direct"**, gefördert, d.h. eine kostenfreie Nummer, mit der alle europäischen Bürger unentgeltlich telefonieren können, um sich über eine beliebige Frage hinsichtlich der Europäischen Union zu erkundigen. Der RGRE hat ausserdem seine Mitglieder angeregt, in ihren Ländern **"1000 Debatten für Europa"**, bekannt zu machen, eine Initiative der

Kommission um die Kommunen dabei zu unterstützen, Debatten über die Europäische Verfassung zu veranstalten.

## 50. JAHRESTAG DER GEMEINDEFREIHEITEN

Am 16. Januar 2004 hat der RGRE in Versailles ein Seminar zum **50. Jahrestag der Verabschiedung der Europäischen Charta der Gemeindefreiheiten** veranstaltet (die vom RGRE verfasst worden war und als Modell für die Charta der kommunalen Selbstverwaltung gedient hat, die vom Europarat 1985 verabschiedet wurde). Im Verlauf dieses Seminars hat der französische Minister für lokale Freiheiten, Patrick Devedjian, angekündigt, die französische Regierung habe beschlossen, das Verfahren zur Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung einzuleiten. Der Präsident des RGRE und des Konvents zur Zukunft Europas, Valéry Giscard d'Estaing, hat ebenfalls an dem Seminar in Versailles teilgenommen und den dort versammelten 120 Bürgermeistern und gewählten lokalen und regionalen Mandatsträgern erläutert, was im Rahmen des Konvents auf dem Spiel stand und wie weit die Arbeiten gediehen waren.

Im Verlauf dieses Seminars hat der RGRE Vorschläge vorgebracht über die neuen Konzepte der lokalen Selbstverwaltung, die als Protokolle der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung hinzugefügt werden könnten. In diesem Sinne hat der Generalsekretär des RGRE, Jeremy Smith, am 11. Oktober an der Sitzung der unabhängigen Sachverständigengruppe des RGRE über die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung teilgenommen. Einen Monat später, am 9. November, trat die Arbeitsgruppe des RGRE über die neuen Konzepte der kommunalen Selbstverwaltung in Paris zusammen. Bei beiden Sitzungen wurde die Zukunft der Charta beleuchtet, die im Jahr 2005 ihr zwanzigjähriges Bestehen feiert.

Zum Thema der kommunalen Selbstverwaltung wäre noch zu sagen, dass der Hauptausschuss des RGRE bei seiner Dezember-Sitzung in Maastricht eine Erklärung über den 50. Jahrestag der Charta der Gemeindefreiheiten verabschiedet.

## STÄDEPARTNERSCHAFTEN : EUROPA VON DER BASIS AUFBAUEN

Seit seiner Gründung im Jahr 1951 war der RGRE stets die Hauptantriebskraft für die Städtepartnerschaften in Europa, entsprechend seinem Willen, auf ein bürgernahes Europa hinzuwirken. Auf diesem Gebiet bestand der Schwerpunkt 2004 für den RGRE darin, das neue Gemeinschaftsprogramm für eine aktive Bürgerschaft mitzutragen. In diesem Programm ist auch die

Haushaltstitel der Europäischen Kommission zur Finanzierung der Städtepartnerschaften enthalten.

Ende 2003 und Anfang 2004 hat der RGRE eine Lobby-Aktion beim Europäischen Parlament durchgeführt, begleitet durch entsprechende Aktionen seiner nationalen Mitgliedsverbände gegenüber ihren nationalen Regierungen, um die Genehmigung des **neuen rechtlichen Rahmens für die Städtepartnerschaften** zu erwirken, der den Zeitraum 2004-2006 abdeckt und den Haushalt für die Städtepartnerschaften festsetzt. Das Programm ist durch Ratsbeschluss vom 26. Januar 2004 genehmigt worden.

Die **jährliche Konsultationssitzung der Partnerschaftskoordinatoren des RGRE** mit der Europäischen Kommission fand in Brüssel am Montag, dem 19. April statt. Diese Sitzung diente dazu, den Städtepartnerschaftsbeauftragten der nationalen RGRE-Verbände die Möglichkeit zu geben, bei der Ausarbeitung der Ausschreibung des Programms zur Förderung für Städtepartnerschaften für 2005 mitzuwirken.

João Vale de Almeida, Direktor in der GD Bildung und Kultur, hat dabei seine Zufriedenheit über die enge Zusammenarbeit ausgedrückt, die sich nunmehr zwischen der Kommission und dem RGRE bei dem Programm-Management eingespielt hat. Der Präsident der Arbeitsgruppe 'Städtepartnerschaften' des RGRE, Anders Knape, Bürgermeister von Karlstad (Schweden), hat die Haltung des RGRE zu den Hauptpunkten der Ausschreibung dargelegt.

Am 5. und 6. April 2004 hat die Arbeitsgruppe 'Städtepartnerschaften' des RGRE in Dublin getagt. Die Arbeitsgruppe der Partnerschaftskoordinatoren hat dem Bericht über die **Rolle der Städtepartnerschaften im XXI<sup>e</sup> Jahrhundert**, stattgegeben, der den Generalsekretären und Direktoren der nationalen RGRE-Verbände zugeleitet worden ist. Letztere haben bei ihrer Sitzung am 23. und 24. September in Budapest darüber beraten. Beim Seminar in Budapest wurde von einer externen Sachverständigen eine Fortbildungssitzung für die Städtepartnerschaftsbeauftragten moderiert. Die dabei verwendete Methodologie ist anschließend veröffentlicht und den nationalen Verbänden zur Verfügung gestellt worden.

Ein zweites Seminar fand in Riga am 29. und 30. November statt zum Thema **„die Rolle der Städtepartnerschaften in der aktiven europäischen Bürgerschaft“**. Ziel dieses Seminars war, mit den Vertretern der Europäischen Kommission darüber zu beraten, wie die Städtepartnerschaften einen Beitrag zur aktiven Bürgerschaft leisten können, sowie das zukünftige Städtepartnerschaftsprogramm zu prüfen. Gewählte Mandatsträger aus den baltischen Ländern haben an einer Podiumsdiskussion über die Städtepartnerschaften in den neuen Mitgliedsländern der EU teilgenommen.

# 2

## Öffentliche Dienstleistungen und Öffentliches Auftragswesen: die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in vorderster Front

Was die europäische Gesetzgebung anbetrifft, so war das Jahr 2004 vor allem das Jahr der öffentlichen Dienstleistungen und des öffentlichen Auftragswesens. Diese Themen sind von erstrangiger Bedeutung für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, da die EU-Bestimmungen hierzu die Art und Weise beeinflussen, in der die meisten Dienstleistungen organisiert und erbracht werden. In vielen Fällen haben die Regelungen verbindlichen Charakter. Der RGRE hat in diesem Zusammenhang keine einheitliche Meinung darüber, ob die Dienstleistungen besser vom privaten Sektor, von gemischtwirtschaftlichen Betrieben oder von der öffentlichen Hand selbst (einschliesslich eigener Unternehmen) erbracht werden sollten. Doch sind wir alle der Auffassung, dass die lokale bzw. regionale Gebietskörperschaft hier freie Wahl haben sollte, und zwar aufgrund des Prinzips der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung.

### **RICHTLINIE FÜR ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN UND GRÜNBUCH ÜBER ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN (OPPs)**

Im Januar 2004 wurden schliesslich die Richtlinien für öffentliches Auftragswesen verabschiedet, die den rechtlichen Rahmen, der von den Körperschaften einzuhalten ist, modernisiert und in gewisser Hinsicht vereinfacht. Der RGRE hatte mehrere Jahre lang Lobby-Aktionen durchgeführt um sicherzustellen, dass die neuen Richtlinien den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine gewisse Flexibilität bieten, einschliesslich der Befugnis, bei der Ausarbeitung der Leistungsbeschreibung und bei der Beurteilung der Angebote auch Umwelt- und soziale Aspekte zu berücksichtigen.

Im April 2004 wurde von der Europäischen Kommission das Grünbuch über öffentlich-private Partnerschaften verabschiedet, dessen Hauptziel es war zu untersuchen, ob die OPPs in der Richtlinie für öffentliches Auftragswesen etwas direkter angesprochen werden sollten, insbesondere Dienstleistungskonzessionen (bei denen der Erbringer der Dienstleistung diese dem Endnutzer selbst in Rechnung stellt), die bisher von den EU-Bestimmungen für öffentliches Auftragswesen ausgeschlossen sind. Von der Kommission wurden zwei Kategorien öffentlich-privater Partnerschaften unterschieden – vertragliche OPPs (bei denen die öffentliche Hand mit einer Privatfirma einen Vertrag über die zu leistende Arbeit abschließt), und institutionalisierte OPPs (d.h. gemischtwirtschaftliche öffentlich/private Betriebe).

Im Mai wurden von der Arbeitsgruppe 'Öffentliche Dienstleistungen / öffentliches Auftragswesen' die Auswirkungen des Weißbuchs erörtert, dabei fand auch eine Diskussion mit einem Vertreter der Kommission statt.

Der RGRE hat im September 2004 eine detaillierte Antwort auf das Grünbuch verfaßt, mit folgenden Kernpunkten :

- Die Debatte um das Für und Wider der öffentlich-privaten Partnerschaften muss ausgeweitet werden, gesetzliche Bestimmungen allein genügen nicht
- Der RGRE widersetzt sich dem Gedanken, Dienstleistungskonzessionen in den EU-Rahmen für öffentliches Auftragswesen einzubeziehen, da diese Konzessionen einer grösseren Flexibilität bedürfen
- Hinsichtlich der gemischtwirtschaftlichen Betriebe wehrt sich der RGRE gegen jedwede Forderung nach Ausschreibungen für Dienstleistungen, wenn die lokale Gebietskörperschaft diese Aufgabe von einer ihr

gänzlich gehörenden oder einem gemischtwirtschaftlichen Betrieb, den sie unter Kontrolle hat, erbringen lassen will

- Der RGRE widersetzt sich den Versuchen, lokale Gebietskörperschaften daran zu hindern, Dienstleistungen an ordentliche Betriebe kommunaler Zweckverbände, ohne obligatorische Ausschreibung abzutreten
- In jedem Fall sind doppelte ausschreibungsverfahren zu vermeiden, indem es den Körperschaften erlaubt wird, lediglich über eine öffentlich-private Firma Angebote einzuholen für die Erbringung einer bestimmten Dienstleistung.

Am 29.-30. September wurde von UNICE (Europäischer Arbeitgeberverband) eine Konferenz in Oslo zum Thema 'öffentliches Auftragswesen' veranstaltet. Der RGRE war dabei durch seinen Generalsekretär, Jeremy Smith, vertreten. Sein Redebeitrag hatte vor allem die Bereitstellung von Dienstleistungen innerhalb der Körperschaft zum Thema, wobei er die Meinung vertrat, dass die lokalen Gebietskörperschaften das Recht haben müssten, in ihrem Verwaltungsbereich Dienstleistungen durch Unternehmen erbringen zu lassen, die ihnen gehören oder die sie kontrollieren, ohne die Verpflichtung, dafür eine Ausschreibung durchzuführen.

#### **STAATLICHE BEIHILFEN UND KOMPENSATIONEN FÜR ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN – DAS "MONTI-PAKET"**

Im Jahr 2003 hat der Europäische Gerichtshof sein viel zitiertes Urteil in der rechtssache Altmark gefällt. In diesem Urteil ging er davon aus, dass finanzielle Kompensationen einer öffentlichen Institution an einen Dienstleister keine staatliche Beihilfe darstellen, sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind – insbesondere dann, wenn die Grundlage der Kompensation vorher klargestellt wurde, wenn die verpflichtungen der öffentlichen Dienstleistungen eindeutig beschrieben sind und wenn die Kosten im Vergleich zu anderen ordentlich geführten Unternehmen der gleichen Art angemessen erscheinen.

In vielen Fällen blieb ein Zweifel bestehen, ob es sich bei Kompensationen um staatliche Beihilfen handelt oder nicht. Daher hat die Kommission im Jahr 2004 Vorschläge unterbreitet, die unter dem Namen "Monti-Paket" (nach Kommissar Monti) bekannt wurden, und die anregten, öffentliche Körperschaften von der Pflicht zu befreien, geringe staatliche Beihilfen dieser Art anzumelden. Höhere Kompensationszahlungen sollen mit den Binnenmarktregelungen vereinbar sein, wenn sie im vorgeschlagenen Rahmen erfolgen.

Im September 2004 hat der RGRE seine Antwort auf das Monti-Paket veröffentlicht, in der er die Zielsetzung der Kommission begrüßte, die rechtliche Sicherheit für die Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu erhöhen. Wir gingen davon aus, dass "reine" Kompensation für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen nicht als staatliche Beihilfe angesehen werden sollten. Es sollte jedoch volle Transparenz herrschen hinsichtlich der genannten Kompensation. Wir schlugen vor, die Kommission sollte uns weiter konsultieren in bezug auf eine Auslegung, wie man den Altmark-Kriterien gerecht werden kann.

In diesem Zusammenhang hat der RGRE auch eine deutlichere Unterscheidung gefordert zwischen Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, auf die die EU-Wettbewerbsbestimmungen und Binnenmarktvorschriften Anwendung finden, und Dienstleistungen von nicht wirtschaftlichen Interesse Daseinsvorsorge, bei der die EU-Verträge nicht greifen (siehe unten).

#### **DASEINSVORSORGE**

2003 hat die Kommission ein Grünbuch zur Daseinsvorsorge veröffentlicht, worauf der RGRE eine Antwort verfasst hat. Im Januar 2004 begrüßte der RGRE die Verabschiedung des Herzog-Berichtes über das Grünbuch durch das Europäische Parlament, der bei zahlreichen Punkten zur gleichen Schlussfolgerung kam wie wir selbst. Insbesondere war er der Ansicht, dass die lokalen bzw. regionalen Gebietskörperschaften befugt sein sollten zu entscheiden, wie Dienstleistungen erbracht werden sollen. Ausserdem, so befand er, sollten sie das Recht haben, Dienstleistungen intern ohne erbringen zu lassen, Ausschreibung. Weiterhin forderte er eine klar definierte Abgrenzung zwischen wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Daseinsvorsorge.

Im Mai 2005 wurde von der Kommission das Weißbuch zur Daseinsvorsorge veröffentlicht, das die Debatte weiterbegleitete, die über das Grünbuch in Gang gebracht worden war. Dieses Weißbuch umfaßte Vorschläge, die zu diversen Themen in Bearbeitung waren, wie öffentlich-private Partnerschaften, das Monti-Paket, usw. Das Weißbuch ist von der Arbeitsgruppe 'öffentliche Dienstleistungen / öffentliches Auftragswesen' bei ihrer Sitzung im September 2004 erörtert worden. Die entsprechende Antwort des RGRE ist für Anfang 2005 vorgesehen. Im Verlauf dieser Sitzung fand auch eine erste Diskussion mit einem Vertreter der Kommission über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie (der sogenannten Bolkestein-Richtlinie) statt.

Am 21. Oktober ergriff Jeremy Smith das Wort bei der Konferenz 'Prioritäre Aktionen für die Daseinsvorsorge', die vom Think-tank 'Confrontations Europe' im Europäischen Parlament veranstaltet worden war, wobei er erneut mit Nachdruck auf die Kernpunkte der RGRE-Position hinwies: eindeutige Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Daseinsvorsorge, Ablehnung obligatorischer Ausschreibungen für Betriebe, die unter der Kontrolle der Kommune stehen und Anerkennung der Tatsache, dass die reine Kompensation einer öffentlichen Dienstleistung keine staatliche Beihilfe darstellt.

Im Dezember 2004, bei der Hauptausschusssitzung in Maastricht, hat der RGRE eine politische Erklärung über öffentliche Dienstleistungen in Europa verabschiedet. Er hat dabei mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften frei entscheiden zu lassen über die Art und Weise, wie sie die ihnen obliegenden Dienstleistungen planen, finanzieren und erbringen wollen, und betont, dass die nicht wirtschaftliche und die wirtschaftliche Daseinsvorsorge besser auseinandergehalten werden müssen.

# 3

Nachhaltige

Entwicklung

Umwelt Energie

## DIE STÄDTISCHE DIMENSION DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

2004 war ein bedeutendes Jahr für die nachhaltige Entwicklung, insbesondere durch die Mitteilung der Europäischen Kommission über die **thematische Strategie für die städtische Umwelt**. Im April 2004 wurde vom RGRE eine Stellungnahme zu dieser Mitteilung verfaßt, in der er das Papier generell befürwortete, aber doch seine Besorgnis über gewisse Punkte ausdrückte. Einer dieser Punkte betrifft den Vorschlag der Kommission, Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern sollten verpflichtet werden, Umweltpläne auszuarbeiten. Diese Auflagen von europäischer Seite würden gewisse Maßnahmen, die von den Lokalverwaltungen bereits getroffen wurden, verdoppeln, ohne jeglichen Mehrwert. Die Schlußfolgerungen des Rates der Umweltminister bei seiner Sitzung vom 14. Oktober 2004 spiegeln die Auffassung des RGRE weitgehend wider.

Vom 9. bis 11. Juni 2004 hat der RGRE, gemeinsam mit der Stadt Aalborg und ICLEI, die **vierte europäische Konferenz über nachhaltige Stadtentwicklung, Aalborg+10**, in Aalborg (Dänemark) veranstaltet. Ca. 1.000 Vertreter lokaler

Gebietskörperschaften aus mehr als 45 Ländern nahmen an dieser Konferenz teil. Das Hauptergebnis dieser Konferenz war die Verabschiedung der Schlußerklärung, "*die Aalborger Verpflichtungen*", die für die Ausarbeitung von Zielsetzungen der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene einen gemeinsamen Rahmen bilden und dazuhin ein flexibles Hilfsmittel darstellen. Sie sind eine Aufforderung an die lokalen Gebietskörperschaften, einen Katalog mit qualitativen und quantitativen Zielsetzungen zu erarbeiten im Hinblick auf die Umsetzung der in der Aalborger Charta benannten Nachhaltigkeitsgrundsätze.

Mehr als 100 lokale Gebietskörperschaften haben die Verpflichtungen anlässlich der Konferenz 'Aalborg + 10' unterzeichnet und zahlreiche weitere Städte und Gemeinden haben ihre Absicht bekundet, ebenfalls in Kürze zu unterzeichnen, bzw. haben sich per Internet eingetragen. Der RGRE hat bei der Koordinierung und Organisation dieser Veranstaltung eine entscheidende Rolle gespielt. Der Umweltausschuss des RGRE hat über die Aalborger Verpflichtungen bei seinen Sitzungen im November 2003 und im April 2004 beraten. Das projekt 'Aalborg+10' ist von der Europäischen Kommission gefördert worden.



Seit Beginn des Jahres 2004 ist der RGRE Partner des **Projektes "TISSUE"**. Dieses Projekt zielt darauf ab, Indikatoren und Hilfsmittel zu entwickeln, um die Wirksamkeit der thematischen Strategie für die städtische Umwelt zu messen. Die Hauptaufgabe des RGRE besteht darin, die Interessen der lokalen Gebietskörperschaften zu vertreten und die Forderungen, Erwartungen und Bedürfnisse der lokalen Verwaltungen in bezug auf die städtischen Indikatoren widerzuspiegeln. Im Hinblick darauf hat der RGRE drei Workshops mit der Bezeichnung "TISSUE" für einen kleinen Kreis von Vertretern lokaler Gebietskörperschaften veranstaltet.

Des Weiteren hat der RGRE an der Konsultation der Kommission für die Zwischenbewertung ihrer **Strategie der nachhaltigen Entwicklung** teilgenommen, die beim Europa-Gipfel im Frühjahr 2005 vorgestellt werden soll. Das Thema ist bei der Sitzung des RGRE-Umweltausschusses im April 2004 am Sitz des RGRE in Brüssel erörtert worden.

Am 4. und 5. Oktober 2004 ist der Umweltausschuss des RGRE in Tallinn, Estland, zusammengetreten. Dabei haben die Sitzungsteilnehmer über mehrere thematische Strategien beraten (nachhaltige Nutzung der Bodenschätze, Vermeidung und Recycling von Abfällen, städtische Umwelt, usw.). Eine Fachbesichtigung ist bei dieser Gelegenheit veranstaltet worden,

bei der die Teilnehmer die örtliche Kläranlage besichtigen konnten, sowie die Trinkwasser versorgung der Stadt Tallinn.

---

#### DOSSIERS ZUM THEMA UMWELT

---

Der RGRE hat einen aktiven Beitrag geleistet zur Ausarbeitung der Kommissionsmitteilung "**Wege zu einer thematischen Strategie für den Bodenschutz**". Er hat am Konsultationsforum der Kommission mitgewirkt sowie in den verschiedenen Untergruppen, um die Strategie vorzubereiten.

Bezüglich der **Richtlinie über die Umweltverantwortung** die vom Rat im März 2004 verabschiedet wurde, ist zu bemerken, dass der RGRE auf den Schlichtungsausschuss eingewirkt hat, um ihre Auswirkungen auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu verringern.

Ausserdem hat der RGRE auf das Europäische Parlament eingewirkt, um den Entwurf der **Richtlinie über Batterien** nachbessern zu lassen. Der RGRE hat an der Arbeitsgruppe des Rates für diese Richtlinie teilgenommen und seine Haltung im Namen der Gemeinden, Städte und Regionen geltend gemacht. Der RGRE befürwortet die Idee der Kommission, den Umgang mit leeren Batterien und Akkumulatoren an Vorschriften zu binden, sowie die Einführung von Minimalkriterien für das Sammeln und

die Behandlung der leeren Batterien ; doch steht er verschiedenen Artikeln des Richtlinienentwurfes äusserst skeptisch gegenüber, weil er der Ansicht ist, dass auf 70% des in den Batterien verwendeten Kadmiums die Verbotsregelung nicht greifen wird.

Der RGRE hat sich zur Überarbeitung der Bestimmungen für die **Abfallverbringung** geäußert. Der RGRE ist der Auffassung, dass die abgeänderten Bestimmungen Abhilfe für die juristische Unklarheit bei der Klassifizierung der einzelnen Vorgänge der Abfallentsorgung schaffen sollte. Auch ist er der Meinung, dass eine Abfallverbringung nur in Frage kommt, wenn der Ökologische Gewinn durch diesen Transport höher ist als die Umweltkosten, die durch die Verbringung und Behandlung des Abfalls entstehen. Auch hat sich der RGRE entschieden gegen die Vorschläge hinsichtlich der Überwachung des Entsorgungsweges für den städtischen Müll gewandt, da diese Maßnahme zu hohe Kosten verursacht und keinerlei Nutzen für die Umwelt mit sich bringt.

Zum Thema Abfall wäre noch zu erwähnen, dass der RGRE zur Veröffentlichung einer Broschüre durch den Verband der Städte und Regionen für Recycling (ACCR) über **nachhaltigen Verbrauch** in unseren Städten beigetragen hat. Diese soll dazu dienen, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften anzuhalten, sich für nachhaltigere Verbrauchsmodalitäten einzusetzen.

Der RGRE war zugegen am 21. April bei der Einführung des on-line-Bewertungsinstruments für nachhaltige Entwicklung, Local Evaluation 21. Dieses Instrument begleitet ein Forschungsprojekt, an dem 150 Lokalverwaltungen aus ganz Europa im Rahmen der **Lokalen Agenda 21** teilgenommen haben. Die Erfahrungen aller Teilnehmergemeinden wurden in eine Datenbank aufgenommen.

---

**ENERGIE : EIN THEMA,  
DAS ALLE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN BETRIFFT**

---

Das Energie-Netzwerk des RGRE hat bei seiner Sitzung am 19. Oktober in Brüssel einen **Entwurf für ein Leitbild und ein Arbeitsprogramm** verabschiedet. Es hat dabei auch seine zukünftige Kooperation mit der Europäischen Kommission zur Sprache gebracht und über die Weiterbegleitung der ersten Konferenz der städtischen Energiemanager (Stuttgart, 1.-2. Juli 2004), die vom RGRE unterstützt worden war, beraten. Ein informelles Treffen des Netzwerkes hat im Rahmen der Stuttgarter Konferenz stattgefunden.

Beim Europäischen Parlament hat der RGRE eine Lobby-Aktion durchgeführt bezüglich der Richtlinie der Europäischen



Kommission über **die Energiewirksamkeit bei der Endnutzung und bei den Energie-Dienstleistungen.**

Gestützt auf die Ansicht der Mitglieder seiner Arbeitsgruppe 'Energie' trägt der RGRE alles in allem die hauptsächlichen Zielsetzungen dieser Richtlinie mit. Der RGRE wehrt sich jedoch gegen die Verpflichtung, die allein den öffentlichen Sektor binden soll, mindestens 1,5% Energie jährlich einzusparen.

Der Generalsekretär des RGRE hat dazuhin bei der Konferenz "ManagEnergy", von der Europäischen Kommission am 21. Oktober 2004 in Brüssel veranstaltet, das Wort ergriffen. In seiner Rede hat Jeremy Smith im wesentlichen zum Ausdruck gebracht, warum sich alle lokalen Gebietskörperschaften von der Energie-Problematik stärker betroffen fühlen sollten.

Das Energie-Netzwerk hat sich außerdem bereit erklärt, der Europäischen Kommission beim Erstellen einer Datenbank mit Sachverständigen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und Verbänden, die auf politischem und energiewirtschaftlichem Gebiet aktiv sind, behilflich zu sein.

Letztlich ist zu erwähnen, dass der RGRE gemeinsam mit Energie-Cités ein **Handbuch über Energiefragen** ausarbeitet, das sich an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften richtet, um auf der lokalen Ebene das Bewußtsein für Energiefragen zu wecken. Die Veröffentlichung soll 2005 erscheinen.

# 4

## Regionalpolitik und Verkehr

Der dritte Bericht der Europäischen Kommission über die Kohäsionspolitik (für den Zeitraum 2007-2013), der für Ende 2003 erwartet war, ist letztlich erst Anfang 2004 veröffentlicht worden. Um der Bedeutung dieses Berichtes Rechnung zu tragen hat der RGRE am 23. Februar 2004, gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), der Konferenz Peripherer Küstenregionen (KPKR) und EUROCITES, das **Kohäsionsforum** in Brüssel veranstaltet. Nahezu 400 Teilnehmer waren versammelt, als Kommissar Michel Barnier die Vorschläge der Kommission für die Kohäsionspolitik vortrug. Sie appellierten für eine engagierte Unterstützung der künftigen Kohäsionspolitik, die es den ländlichen und städtischen Gebieten ermöglichen soll, ihre Probleme anzugehen, nachhaltige Entwicklung umzusetzen und die Lebensbedingungen ihrer Bürger zu verbessern.

Auch ist es dem RGRE gelungen, die **Resolution des Europäischen Parlaments zum dritten Bericht der Europäischen Kommission über die wirtschaftliche und soziale Kohäsion** zu beeinflussen. Im Vorschlag des RGRE zum Hatzidakis-Bericht wurde hauptsächlich die Notwendigkeit hervorgehoben, die bedeutende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Kohäsionspolitik zu würdigen. Die Arbeitsgruppe 'Kohäsionspolitik' des RGRE hat zudem bei ihrer Sitzung am 3. November den Entwurf für eine Antwort auf den Vorschlag der Europäischen Kommission bzgl. der

Bestimmungen für die Zukunft der Kohäsionspolitik abgefasst.

Beim **Kohäsionsforum der Europäischen Kommission** am 10. und 11. Mai in Brüssel war der RGRE durch seinen Ersten Vizepräsidenten, Dr. Heinrich Hoffschulte, und durch seinen Vizepräsidenten Louis Le Pensec vertreten. Bei dieser Tagung waren mehr als 1.000 Personen aus mehr als zwanzig europäischen Ländern anwesend, die vom dritten Bericht über die wirtschaftliche und soziale Kohäsion betroffen waren. Die Teilnehmer zu dem Schluss kamen, dass in Zukunft die Kohäsionspolitik dezentralisierter, gezielter und einfacher gestaltet werden muss.

Weiterhin hat der RGRE eine Stellungnahme zum Entwurf für die **Verordnungen der Kommission über die Strukturfonds und die Entwicklung des ländlichen Raums** verabschiedet. Der Hauptausschuss des RGRE hat diese Unterlage bei seiner Sitzung im Dezember 2004 genehmigt und zu einer politischen Erklärung gemacht, die in allen europäischen Kreisen in Umlauf gebracht wurde. Der RGRE drückt darin seine tiefe Besorgnis hinsichtlich der Verhandlungen über die finanziellen Perspektiven der Union aus und hebt die Notwendigkeit hervor, der Union ausreichende Mittel zur Umsetzung ihrer grundlegenden politischen Ziele zu gewährleisten. Der Vorschlag der Kommission (wonach die Ausgaben für die künftige Kohäsionspolitik sich auf 0,46% des BNP der EU belaufen sollen) ist für den RGRE der akzeptable Minimalbetrag.



Der RGRE hat auch an den 'Tagen der Offenen Tür' der in Brüssel ansässigen Regionalvertretungen (27.-30. September) teilgenommen. Diese Initiative, die von der GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission und vom Ausschuss der Regionen veranstaltet wurde und mehr als 70 regionale Vertretungsstellen versammelte, diente dem Zweck, Überlegungen über die Zukunft der Regionalpolitik anzustellen. Der RGRE war dabei durch den Präsidenten des Verbandes der Belgischen Städte und Gemeinden, Willy Taminiaux, vertreten. Der Stand des RGRE befand sich im Zentrum des Blickfeldes der Teilnehmer an der Veranstaltung.

#### DER VERKEHR IN UNSEREN GEMEINDEN, STÄDTEN UND REGIONEN

Anfang März wurde vom RGRE eine **Stellungnahme zum Richtlinienentwurf "Eurovignette"** veröffentlicht, im Hinblick auf die Abstimmung des Europäischen Parlaments zu dieser Frage. Der RGRE unterstützte dabei den Vorschlag der Kommission, sprach sich jedoch unter anderem gegen die Änderungsanträge aus, die darauf abzielten, die Richtlinie auf jede Maut anzuwenden. Die vorgeschlagene Höhe der Maut würde die Handlungsfreiheit der Kommunen bei der Durchsetzung ihres eigenen städtischen Maut-Systems beträchtlich einschränken. Generell wünscht der RGRE auch, dass in den Bestimmungen die Notwendigkeit zum Ausdruck

kommt, die betroffenen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu konsultieren.

Der Verkehrsausschuss des RGRE hat bei seiner Sitzung in Bologna (Italien) am 22. Oktober sein **Manifest für nachhaltige Mobilität** verabschiedet. Der Text fordert, dass die Politiken der nachhaltigen Mobilität in den Kernbereich des Handelns der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gerückt werden. Er befürwortet weiterhin u.a. eine Qualitätsverbesserung im öffentlichen Verkehr sowie die Förderung von alternativen Fortbewegungsmitteln für den privaten Verkehr. Er appelliert zur Ausarbeitung von Verkehrspolitiken über Konsultationen, in die die lokalen und regionalen Behörden, die nationalen Regierungen, die Europäische Kommission und alle Betroffenen eingebunden werden. Die Veröffentlichung ist für Anfang 2005 geplant.

Die Teilnehmer der Sitzung in Bologna haben gleichfalls über das Kapitel "Verkehr" der **thematischen Strategie für die städtische Umwelt** beraten (siehe Kapitel Umwelt). Die Mitglieder des Verkehrsausschusses haben erklärt, dass sie in dieser Hinsicht keine Einwände gegen einen gemeinschaftlichen Rahmen anmelden, sofern das Subsidiaritätsprinzip gewahrt wird und diese Pläne keinen obligatorischen Charakter haben.

# 5

## Beschäftigung Soziales Gleichstellung

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in ihrer Gesamtheit stellen einen der größten Arbeitgeber in Europa dar. Auf diese Erkenntnis gestützt unterhält der RGRE in seiner Struktur die 'Arbeitgeberplattform' mit der Aufgabe, die Interessen der Kommunal- und Regionalverwaltungen als Arbeitgeber zu wahren. In diesem Zusammenhang ist der RGRE Anfang 2004 zu einem **offiziellen Partner des "Ausschusses für den sektoriellen sozialen Dialog in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften"**, geworden, der von der Europäischen Kommission am 13. Januar 2004 gegründet wurde. Das ganze Jahr über hat ein Austausch stattgefunden über die praktischen und logistischen Einzelheiten dieses Ausschusses. Auch fand regelmässig eine Aktualisierung statt, um die Mitglieder der Plattform zu unterrichten und sie zu den verschiedenen Arbeitsthemen des Ausschusses zu konsultieren.

Der RGRE, der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst und der Europäische Zentralverband für die Öffentliche Wirtschaft haben am 2. und 3. Februar 2004 in Brüssel eine Konferenz über den sozialen Dialog in den europäischen Krankenhäusern veranstaltet. Die Personalbeschaffung, die Identifizierung des Bedarfes an Qualifikationen, das zunehmende Alter der im Gesundheitsbereich tätigen Bevölkerung waren die Hauptthemen

der Konferenz. Mehr als 100 Vertreter aus ca. zwanzig europäischen Ländern nahmen an der Veranstaltung teil.

Der RGRE hat auch auf den **Vorschlag der Kommission zur Organisation der Arbeitszeit** reagiert. In seinem Positionspapier vom 7. Juli 2004 fordert der RGRE eine Klärung dessen, was unter "Arbeitszeit" zu verstehen ist, um Auslegungen vorzubeugen, die sich negativ auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auswirken würden. Dies betrifft in der Hauptsache Bereiche (Gesundheit, Feuerwehr, usw.), wo dem Personal am Arbeitsplatz Ruhezeiten zustehen.

### DIE BESCHÄFTIGUNG AUF LOKALER UND REGIONALER EBENE

Der Generalsekretär des RGRE, Jeremy Smith, hat am 25. März einen offenen Brief an den Europäischen Rat gesandt, um darin die **Reaktion des RGRE zum Bericht der Kommission über die Umsetzung der Lissabonner Agenda** darzulegen. Der RGRE hat dabei erneut sein Engagement zur Verwirklichung der Lissabonner Ziele versichert, den Rat jedoch aufgefordert, sich die Mittel zu geben, um diese Strategie in Angriff zu nehmen. Weiterhin hat der RGRE daran erinnert, dass eine aktive Beteiligung der lokalen und

regionalen Gebietskörperschaften an allen Etappen beim Ingangbringen der Lissabonner Strategie ernsthaft gewünscht wird.

Der RGRE hat ein "EQUAL"-Seminar am 19. März 2004 in Brüssel veranstaltet mit dem Titel: "**Herausforderungen für die Kommunen**". EQUAL ist eine Gemeinschaftsinitiative mit dem Ziel, neue Hilfsmittel zu entwickeln für den Kampf gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung auf dem Beschäftigungsmarkt. Das Seminar hat lokale und regionale gewählte Mandatsträger, Vertreter des EuropaParlaments und der Kommission und Sachverständige für Gleichstellungsfragen aus ganz Europa zusammengeführt. Die Teilnehmer sind übereingekommen, dass EQUAL ein gutes Instrument darstellt, dass jedoch noch Probleme auf dem Gebiet des Managements und der Kommunikation bestehen.

Am 15. Juni 2004 hat der RGRE das Seminar "**Auswirkungen der Unternehmensansiedlung in den Städten auf die lokalen und regionalen Behörden**" mitorganisiert. Eine Stellungnahme wurde nach dem Seminar ausgearbeitet. Die Teilnehmer haben mehrere Schlussfolgerungen gezogen. Insbesondere die Vorstellung spezieller Fälle im Rahmen des Seminars zeigt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine aktive Rolle bei der Förderung des Unternehmergeistes spielen können. Die Städte und Regionen müssen sich an anderen Städten und Regionen ein Beispiel nehmen. Vergleiche müssen angestellt und Erfahrungen ausgetauscht werden. Der Unternehmergeist ist einer der Bausteine der Lissabonner Strategie.

Am 7. und 8. Juni hat der RGRE einen **europäischen Workshop über lokale Beschäftigungsindikatoren und Erfahrungsaustausch in der Beschäftigungspolitik** in Offenbach am Main (Deutschland) mitorganisiert. Der Workshop wird als gelungener Test für ein paneuropäisches Austauschverfahren beispielhafter Praktiken erachtet.

In der gleichen Gedankenlage hat der RGRE am 7. September 2004 seine Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission über den Unternehmergeist in Europa verfaßt. Der RGRE betont darin die bedeutende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Entwicklung des Unternehmergeistes in Europa, aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgern und ihren Problemen, ihrer Fähigkeit, das "soziale Kapital" zu mobilisieren und mehrere Politiken zu kombinieren, um den Unternehmergeist anzuregen. Gleichzeitig tritt der RGRE dafür ein, dass die horizontale Dimension des Unternehmergeistes anerkannt wird, da dieses Thema mehrere Aspekte der Lokalpolitik abdeckt, wie die Wirtschaftsentwicklung, Beschäftigungspolitik, Bildung und Wohlfahrt. Er empfiehlt weiterhin, auf "benchmarking" und Erfahrungsaustausch zurückzugreifen, wobei er hinzufügt, dass die Netze der lokalen Gebietskörperschaften und ihre

Verbände die geeigneten Instrumente sind, um diesen Austausch zu untermauern.

Gegen Ende des Jahres 2004 hat der RGRE auch einen Fragenkatalog ausgearbeitet und in Umlauf gebracht um abzumessen, wie weit das Engagement der Sozialpartner im Bereich der Lokal- und Regionalverwaltungen für die **Europäische Beschäftigungsstrategie** und die **Nationalen Aktionspläne** geht. Die Antworten darauf werden zur Zeit ausgewertet.

#### SOZIALES : INKLUSION IN UNSEREN STÄDTEN UND REGIONEN

Der RGRE ist Mitglied der **Europäischen Öffentlichen Sozialen Plattform (EÖSP)**. Er hat dort an den regelmäßigen Sitzungen mit der Europäischen Kommission teilgenommen, sowie an den Seminaren, bei denen die Umsetzung der nationalen Aktionspläne für die soziale Inklusion und die soziale Inklusion in den neuen Mitgliedstaaten erörtert wurde.

Die EÖSP hat drei **Seminare** veranstaltet zum Thema **soziale Inklusion im erweiterten Europa**. Das erste fand in Kopenhagen am 4. Mai 2004 statt und behandelte Probleme, die in nordischen Ländern auftreten. Das zweite Seminar fand in Bratislava (Slowakei) statt, am 29. und 30. September 2004, und war speziell auf die neuen Mitgliedstaaten der EU ausgerichtet. Es sollten die nationalen Aktionspläne zur sozialen Inklusion erörtert und konkrete Beispiele gesammelt werden, die zumeist aus mitteleuropäischen Ländern stammten, sowie die derzeitigen Hauptprobleme und Tendenzen auf dem Gebiet der sozialen Inklusion ermittelt werden. Das dritte Seminar fand im Dezember in Rom statt. Es war mehr auf die Mittelmeerländer ausgerichtet und hat Erfahrungsaustausch ermöglicht über den Inhalt und die Wirksamkeit der nationalen Aktionspläne in den Ländern dieses Raums. Der Generalsekretär des RGRE, Jeremy Smith, hat dabei das Wort ergriffen.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas hat weiterhin am **europäischen Podiumsgespräch über Armut und soziale Ausgrenzung** teilgenommen, und zwar vom 17. bis 19. Oktober 2004 in Rotterdam. Der Vorsitzende der RGRE-Arbeitsgruppe 'Beschäftigung und Sozialpolitik', Dr. Matthias Schulze-Böing, hat für ein integriertes politisches Konzept auf lokaler Ebene plädiert, um die Beschäftigung zu fördern. Er hat auch im Rahmen dieses Podiumsgesprächs den Workshop über die ländliche Dimension der Armut geleitet.

**GLEICHSTELLUNG : HINARBEIT AUF GLEICHSTELLUNG  
VON DER KOMMUNALEN EBENE AN**

---

Im Bereich der Chancengleichheit war das Jahr 2004 für den RGRE vor allem das Jahr des Projektes **eine europäische Stadt der Gleichstellung**, das darin bestand, einen Katalog erfolgreicher europäischer Praktiken zu erstellen. Ziel des Projektes ist es, "eine virtuelle Stadt der Gleichstellung" zu zeichnen, um den europäischen Gebietskörperschaften ein Modell für Aktionen zu bieten. Bei einem Seminar, das vom RGRE am 7. und 8. Mai 2004 in Paris organisiert wurde, hatten die Teilnehmer festgestellt, dass noch ein langer Weg vor uns liegt, bis wir wirklich die "Stadt der Gleichstellung" durchgesetzt haben. Ihre Ansicht ist zudem von einem Bericht der Europäischen Kommission bestätigt worden, der davon ausgeht, dass die Fortschritte bei der Durchsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen noch zu langsam sind. Die lokalen und regionalen gewählten Mandatsträgerinnen des RGRE haben auch am workshop "Frauen in der Beschlussfassung" teilgenommen, das im Rahmen des Gründungskongresses der neuen Weltorganisation der Kommunen "Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften" im Mai in Paris veranstaltet worden war. Die Delegation des RGRE hat gefordert, dass mehr Frauen in die Exekutivgremien des Weltverbandes der Kommunen einziehen und insbesondere, dass die Männer/Frauen-Vertretung ausgewogener gestaltet wird.

Im September 2004 hat die RGRE-Arbeitsgruppe für Gleichstellung am Rande des Welt-Städteforums in Barcelona getagt, insbesondere um über das Projekt der Gleichstellung in den europäischen Städten und über die Aktivitäten des Netzwerks der europäischen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen zu reflektieren.

Ausserdem hat der RGRE im September 2004 seine Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission über **Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung in der erweiterten Europäischen Union** veröffentlicht. Der RGRE geht davon aus, dass der Kampf gegen Diskriminierung zu einer Priorität der Europäischen Union werden muss, dass die Europäische Kommission die erforderlichen Mittel bereitstellen muss, damit die Gleichstellung kein leeres Ziel bleibt sondern zu einer Realität wird, und dass die Gleichstellung von Männern und Frauen Gegenstand einer spezifischen Politik der Kommission mit eigenem Haushalt werden muss. Er erklärt weiterhin, die Kommission müsse darüber wachen, dass das Männer/Frauen-Gleichgewicht in der Beschlussfassung auf allen Ebenen als eine Priorität angesehen wird und dass alle

betroffenen Gruppen (Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit) gleichrangige Sicherheit genießen.

**REGIONALE KOMPETENZEN :  
DAS PROJEKT ZUR FÖRDERUNG DER BESCHÄFTIGUNG LÄUFT AUS**

---

"Regionale Kompetenzen" ist ein von der Europäischen Union finanziertes Projekt. Es ist dazu bestimmt, Hilfsmittel zu erarbeiten, um die Qualifikationen bei den Arbeitssuchenden und den Organisationen abzumessen, damit personelle Ressourcen in den Regionen entwickelt werden.

Im Rahmen der "Regionalen Kompetenzen" hat der RGRE eine Podiumsdiskussion veranstaltet mit dem Titel: *Wege zur Lissabonner Agenda – das intellektuelle Kapital auf regionaler Ebene weiterentwickeln*, am 19. November, am Sitz der RGRE in Brüssel. Etwa zehn europäische Länder waren über Bürgermeister, Universitätsdozenten und Geschäftsleute vertreten.

Die Abschlusskonferenz des Projektes fand in Florenz (Italien) am 15. September 2004 statt. Der RGRE war durch den Vorsitzenden seiner Arbeitsgruppe 'Beschäftigung und Sozialpolitik', Dr. Matthias Schulze-Böing, vertreten.

# 6

## Informationsgesellschaft und eGovernment

Das Netzwerk **ELANET** (European Local Authorities' Telematic Network) des RGRE für die Informationsgesellschaft auf lokaler und regionaler Ebene hat 2004 mehrere Projekte abgeschlossen.

Das Projekt **Three Roses** (Three Regional Operating networks working on Strategic Electronic Scenarios) ist 2004 ausgelaufen. Das Ziel dieses Projektes lag darin, eine angemessene Arbeitshilfe für alle Forschungsprojekte zu erstellen, die innerhalb des 6. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung der Europäischen Kommission in Angriff genommen werden. Es befasst sich damit festzustellen, inwieweit open source Software von den lokalen Behörden im Bereich des eGovernment, e-Business und pädagogischer Verfahren verwendet werden. Das Projekt ist dieses Jahr zu Ende gegangen mit einem Bericht über die rechtlichen Aspekte bzgl. der opensource Software-Lizenzen sowie konkreten Leitlinien für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über den günstigsten Moment und die beste Art und Weise für sie, auf eGovernment-Lösungen zurückzugreifen, wie sie von der freien Software geboten werden.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war für den RGRE in Sachen Informationsgesellschaft 2004 die **Abschlußkonferenz des Projektes PRELUDE** (Promoting European Local and Regional Sustainability in the Digital Economy), am 13. und 14. März 2004 in Ennis (Irland). Das Projekt PRELUDE, das vom RGRE unterstützt wird, zielt darauf ab, die Innovation auf regionaler und lokaler Ebene voranzutreiben, und zwar mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Ergebnisse des Projektes wurden bei dieser Konferenz vorgestellt. Sie umfassen die

Erstellung von 9 europäischen Projektbündeln ("clusters") im Bereich der Innovation, die von 9 Teilnehmerregionen und von den Netzwerken ELANET und eris@ geleitet werden. Weitere Resultate umfassen thematische Leitfäden über eGovernment, online-Schulung, cyber-Gemeinschaften, e-Transport wurde, usw. Ein Gesellschafts-Schulungsmodell ist entwickelt und das Prelude-Portal in Betrieb gesetzt.

Über sein Netzwerk ELANET hat der RGRE aktiv die **8. Jahreskonferenz "Städte im Internet"** unterstützt, die in Zakopane (Polen) am 24. Juni 2004 stattfand. Die Konferenz bot Gelegenheit, die Fortschritte der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet der Forschung, der Technologie und Innovation in Europa vorzustellen. Im Rahmen dieser Konferenz wurden von ELANET zwei Workshops veranstaltet : ein Workshop über die Herausforderungen der open source-Software, in dem vor allem über praktische und rechtliche Gesichtspunkte gesprochen wurde, und der Prelude-Workshop, in dem die Ergebnisse der neun Themenkreise behandelt wurden.

Zusammen mit ELANET hat der RGRE im Oktober 2004 auch die Arbeiten seiner Arbeitsgruppe "Informationsgesellschaft und e-government" wieder aufgenommen. Ihre Ziele wurden festgesetzt und Themenbereiche identifiziert.

Außerdem hat ELANET an der Konsultation, zum e-government-Arbeitsprogramm der IST (Information Society Technologies) für 2005-2006 teilgenommen. Auch wurde ein Bericht über die rechtlichen Aspekte der FLOSS-Genehmigung (Free und Open Source Software) verfaßt.

# 7

## Ein erweitertes

Europa, das sich der

## Welt öffnet



Der Gründungskongress der Weltorganisation der Kommunen "**Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften**" (UCLG/CGLU) fand in Paris vom 2. zum 5. Mai 2004 statt. Diese neue Weltorganisation geht aus dem Zusammenschluss des Weltbundes der Partnerstädte (UTO/FMCU) und des Internationalen Gemeindeverbandes (IULA) hervor. Der RGRE hat eine Schlüsselrolle im Prozess dieses Zusammenschlusses

gespielt. Er bildet nunmehr die europäische Sektion von UCLG/CGLU. Nahezu 3.000 lokale und regionale Mandatsträger aus allen Kontinenten waren zur Teilnahme an diesem Kongress gekommen. Im Verlauf des Kongresses wählte der Weltrat von UCLG/CGLU den Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, von Tshwane (Pretoria), Smangaliso Mkhathshwa, und die Bürgermeisterin von Sao Paulo, Marta Suplicy, zu Kopräsidenten gewählt.

Eine starke Delegation der UCLG/CGLU und des RGRE hat danach aktiv am **Weltforum der Städte** mitgewirkt, das von der UN-Habitat im September in Barcelona organisiert wurde. Der Erste Vizepräsident und der Generalsekretär des RGRE haben in diesem Rahmen Redebeiträge eingebracht.

Der Beirat der lokalen Gebietskörperschaften der UNO (UN-CLA) hat anlässlich des Weltforums in Barcelona eine Sitzung abgehalten. Der Erste Vizepräsident, Dr. Heinrich Hoffschulte, hat den RGRE bei dieser Sitzung repräsentiert. Dr. Hoffschulte und der Generalsekretär, Jeremy Smith, gehörten auch der Sachverständigengruppe der UN Habitat an, mit dem Auftrag, die Leitgedanken für die Dezentralisierung und die Stärkung der lokalen Gebietskörperschaften abzufassen. Dieser Text, der als nützliches Hilfsmittel für alle Länder gedacht ist, soll vom Aufsichtsrat der UN-Habitat im Frühjahr 2005 verabschiedet werden.

Das Netzwerk des RGRE für die **Nord-Süd-Kooperation** hat am 2. und 3. Februar eine Sitzung in Brüssel abgehalten, bei der verschiedene Mitgliedsverbände ihre Aktivitäten vorstellten. Die Teilnehmer haben darüber beraten, wie die Rolle der lokalen Gebietskörperschaften in den Politiken der Union für die Nord-Süd-Kooperation, einschliesslich der Kooperation mit dem Nahen Osten, verstärkt werden könnte.

Besprechungen mit den Vertretern beider Institutionen konnten die Vertreter des RGRE feststellen, dass diese an der neuen Initiative interessiert sind.

Der RGRE hat einen Beitrag geleistet zu den Berichten des Europäischen Parlaments über die Zukunft der **europäischen Politik für die Nord-Süd-Kooperation**, und dabei insbesondere zu den Berichten über die Gesetzgebung für die Entwicklungspolitik nach 2006 und über den Haushaltstitel für die dezentralisierte Kooperation.

Schließlich war der RGRE beim **Forum der europäischen lokalen Gebietskörperschaften** vertreten, das am 15. Oktober 2004 von der Greater London Authority veranstaltet wurde. Jeremy Smith hat dabei über den Einfluss der lokalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union gesprochen.



Bei der Sitzung konnten auch wichtige Themen behandelt werden, zu denen die nationalen Verbände Erfahrungen gesammelt hatten, die weitervermittelt werden sollten. Vertreter der Europäischen Kommission und des Parlaments nahmen an der Sitzung teil.

Der RGRE hat das ganze Jahr hindurch Lobby-Aktionen beim Parlament und bei der Kommission durchgeführt, um diese für die Ziele des Netzwerks zu sensibilisieren. Bei den

Foto: Europäischen Kommission

# 8

## Kommunikationsaspekte

Im Januar 2004 hat der RGRE seine neue Website ([www.ccre.org](http://www.ccre.org)) in Betrieb genommen. Diese Website ist hauptsächlich für die Mitgliedsverbände des RGRE bestimmt, und für die Städte und Regionen die sie vertreten sowie für alle, die sich von der lokalen und regionalen Dimension Europas betroffen fühlen. Sie lässt es nicht dabei bewenden, die Aktivitäten des RGRE vorzustellen; die neue Website informiert die Internetnutzer über das gesamte europäische Zeitgeschehen im lokalen und regionalen Bereich : Ankündigung von Konferenzen, best-practice-Beispiele, europäische Gesetzgebung, usw. Über das ganze Jahr hin stiegen die statistischen Besuchszahlen an, um schliesslich bei 9.000 für den Monat November anzulangen.

Im Jahr 2004 gab sich der RGRE auch eine **neues graphisches Design**. Dieses wird auf sämtlichem Schriftmaterial des RGRE wie Briefköpfen, Umschlägen, Veröffentlichungen und Visitenkarten usw. zu sehen sein, um dem RGRE ein starkes visuelles Identifikationsmerkmal zu verleihen.

Auf Wunsch verschiedener Mitglieder hat das Generalsekretariat des RGRE eine Reihe von **Seminaren für Kommunikation** eingeleitet, deren Auftakt im September 2004 in Prag gegeben wurde. Diese Seminare sind auf die Bedürfnisse der Kommunen in den neuen Mitgliedstaaten und in den Kandidatenländern zugeschnitten, nachdem deren Bedürfnisse anhand eines Fragenkatalogs ermittelt worden waren. Das erste Kommunikationsseminar soll in Bratislava bei der LOGON-Sitzung im Februar 2005 stattfinden.

Ende 2004 hat der RGRE gleichfalls damit begonnen, an der Gestaltung einer **Extranet-Website** zu arbeiten (Website, die ausschliesslich den RGRE-Mitgliedern vorbehalten ist ihnen Zugang zu Arbeitsdokumenten verschafft und eine aktive Kommunikation ermöglicht). Die Extranet-Website soll im Laufe des Jahres 2005 fertiggestellt werden.

# [ Anlagen ]

# Sitzungen

der RGRE-Gremien im Jahr 2004

## JANUAR

- 12 **Brüssel**  
Arbeitgeberplattform
- 13 **Brüssel**  
Ausschuss für den sektoriellen sozialen Dialog der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften  
Plenarversammlung zur Einrichtung des Ausschusses für den sektoriellen sozialen Dialog in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst
- 16 **Versailles**  
Seminar "die Versailler Charta – 50 Jahre danach; Errungenschaften und Aussichten der kommunalen Selbstverwaltung"

## FEBRUAR

- 2-3 **Brüssel**  
Netzwerk für die Nord-Süd-Kooperation
- 17-18 **Frankfurt**  
Sitzung der Generalsekretäre und Direktoren der Mitgliedsverbände
- 23 **Brüssel**  
Forum über Kohäsionspolitik

## MÄRZ

- 18 **Brüssel**  
Arbeitsgruppe für Beschäftigung und Sozialpolitik
- 19 **Brüssel**  
"EQUAL"-Seminar – Herausforderungen für die lokalen Gebietskörperschaften
- 29-30 **Valencia**  
Sitzung im kleinen Kreis für das RGRE-Projekt "Gleichstellung in den europäischen Städten"

## APRIL

- 5-6 **Dublin**  
Arbeitsgruppe Städtepartnerschaften
- 19 **Brüssel**  
Umweltausschuß
- 22 **Brno**  
Seminar "Erfahrungsaustausch über die Auswirkungen des Beitritts auf die Kommunen"

## MAI

- 7-8 **Paris**  
2. Seminar im Rahmen des RGRE-Projekts "Gleichstellung in den europäischen Städten"
- 13-14 **Ennis**  
PRELUDE-Abschlußkonferenz (ELANET)
- 17 **Brüssel**  
Gemeinsame Sitzung des Netzwerks "öffentliches Auftragswesen" und der ad-hoc Arbeitsgruppe "Daseinsvorsorge"
- 24 **Straßburg**  
Sitzung der Präsidenten der nationalen Verbände der neuen EU-Mitgliedstaaten
- 28 **Brüssel**  
Verkehrsausschuß
- 31 **Dublin**  
Exekutivbüro

## JUNI

- 8 **Brüssel**  
Arbeitgeberplattform
- 9-11 **Aalborg**  
Konferenz "Aalborg + 10"
- 15 **Brüssel**  
Seminar zum Thema "Unternehmergeist"
- 22 **Brüssel**  
TISSUE-Workshop (städtische Indikatoren zur Untermauerung der thematischen Strategie der EU für die städtische Umwelt)
- 24 **Zakopane**  
Konferenz von Zakopane – ELANET-Sitzung mit den Verbänden der neuen Mitgliedstaaten zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der Informationsgesellschaft + PRELUDE-Workshop

## SEPTEMBER

- 9-10 **Oslo**  
Tagung des ELANET-Lenkungsausschusses
- 14-15 **Barcelona**  
Unter-Arbeitsgruppe für das RGRE-Projekt "Gleichstellung in den europäischen Städten"
- 20 **Paris**  
Finanzverwaltungsausschuß
- 23-24 **Budapest**  
Sitzung der Generalsekretäre und Direktoren
- 27-28 **Brüssel**  
Tagung des PRELUDE-Lenkungsausschusses mit den 20 Regionen

## OKTOBER

- 4-5 **Tallinn**  
Umweltausschuß
- 11 **Brüssel**  
Konsultationssitzung der Europäischen Kommission mit dem Netzwerk der Städtepartnerschaftskoordinatoren des RGRE
- 13 **Brüssel**  
Arbeitsgruppe Informationsgesellschaft und e-government
- 19 **Brüssel**  
Netzwerk für Energiefragen
- 22 **Bologna**  
Verkehrsausschuß

## NOVEMBER

- 3 **Brüssel**  
Arbeitsgruppe Kohäsionspolitik
- 8 **Paris**  
Arbeitsgruppe für das Programm des Europatags in Innsbruck
- 9 **Paris**  
Arbeitsgruppe für die neuen Konzepte der kommunalen Selbstverwaltung
- 16 **Brüssel**  
Arbeitgeberplattform
- 17 **Brüssel**  
Plenarversammlung des Ausschusses für sektoriellen sozialen Dialog in der Lokal- und Regionalverwaltung
- 19 **Brüssel**  
Abschlussveranstaltung des Projekts über die Regionalkompetenz "Wege zur Lissabonner Agenda – Ausbau der Regionalkompetenz über die Personalverwaltung"
- 29 **London**  
Abschließender Workshop des Projekts "TISSUE" – Tendenzen und Indikatoren zur Begleitung der thematischen Strategie der EU für die städtische Umwelt
- 29-30 **Riga**  
Arbeitsgruppe Städtepartnerschaften

## DEZEMBER

- 3 **Brüssel**  
Arbeitsgruppe "öffentliche Dienstleistungen und Auftragswesen"
- 13-14 **Maastricht**  
Hauptausschusssitzung

# Kurzer Überblick

über den RGRE

**Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist ein gemeinnütziger Verband. Er stellt die bedeutendste Vereinigung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in Europa dar.**

Mitglieder sind die nationalen Verbände der Städte und Regionen aus ca. dreissig europäischen Ländern.

Der Leitgedanke des RGRE liegt in der Förderung eines einigen und starken Europa, gestützt auf kommunale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie, ein Europa in dem die Entscheidungen so weit wie möglich in Bürgernähe und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips getroffen werden.

Die Aktivitäten des RGRE umfassen einen weitgespannten Tätigkeitsbereich mit Themen wie öffentliche Dienstleistungen, Verkehr, Regionalpolitik, Umwelt, Gleichstellung und andere mehr.

Auch auf internationaler Bühne tritt der RGRE auf. Er bildet die europäische Sektion des Weltverbandes der Kommunen 'Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften' (UCLG/CGLU)

## DIE ACTIVITÄTEN DES RGRE

### **Im Dienste der Städte und Regionen auf die europäische Gesetzgebung einwirken**

In den Bereichen Umwelt, öffentliches Auftragswesen, Strukturfonds, staatliche Beihilfen und Wettbewerb hat die europäische Gesetzgebung einen massgeblichen Einfluss auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Der RGRE hat sich daher zur vorrangigen Aufgabe gemacht, auf diese Gesetzgebung einzuwirken. In enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern erarbeitet der RGRE Antworten auf die Regelungsentwürfe der Europäischen Kommission, und zwar insbesondere über die Dialog- und Konsultationsverfahren. Anhand dieser Stellungnahmen macht der RGRE seinen Einfluss auch gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat geltend.

### **Die Zukunft Europas mitgestalten**

Der RGRE arbeitet hin auf ein Europa, in dem das Subsidiaritätsprinzip geachtet wird, ein Europa der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung, in dem alle Verwaltungsebenen (die lokale, regionale, nationale und gemeinschaftliche) partnerschaftliche zusammenarbeiten.

Der RGRE ist ins Feld gezogen für eine europäische Verfassung, die den Städten und Regionen ihre Bedeutung zuerkennt und war den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Kandidatenländer dabei behilflich, sich auf den Beitritt zur Union vorzubereiten.

### **Informations- und Erfahrungsaustausch auf lokaler und regionaler Ebene**

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind ideale Brutstätten zur Erfahrungsbildung in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen : Soziales, Wirtschaftsentwicklung, Umwelt, Verkehr usw. Aufgabe des RGRE ist es, diesen Erfahrungsaustausch und die Übermittlung der Ideen und beispielhaften Praktiken zwischen seinen Mitgliedern zu erleichtern. Zu diesem Zweck veranstaltet der RGRE Arbeitsgruppen, Seminare und Konferenzen, bei denen die Mitglieder sich austauschen und ihren Standpunkt äussern können.

### **Städtepartnerschaften**

Der RGRE ist Urheber des Konzepts der Städtepartnerschaften, gestützt auf die Überzeugung, dass ein einiges und friedliches Europa von der Basis, von der Ebene der Bürger an, aufgebaut werden muss. Derzeit bestehen 30.000 Städtepartnerschaften in Europa. Eine prioritäre Aufgabe des RGRE ist es, diese Bewegung zu unterstützen, insbesondere durch die Koordinierung der Arbeit der Städtepartnerschaftsbeauftragten. Der RGRE arbeitet dabei eng mit der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission und mit dem Parlament zusammen, um die für die Städtepartnerschaften notwendige finanzielle und politische Rückendeckung sicherzustellen.

### **Sprachrohr der Städte und Regionen weltweit**

Der RGRE bildet die europäische Sektion des Weltverbandes der Kommunen "Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften (UCLG/CGLU). Über diesen Weltverband befördert der RGRE Demokratie und kommunale Selbstverwaltung sowie Erfahrungsaustausch.

Auch beim Nord/Süd-Dialog wirkt der RGRE im Bereich des Ausbaus von Kompetenzen (capacity building) mit.

# Ihre kontaktpersonen im RGRE

## **Generalsekretär**

---

Jeremy Smith

Mail : myriam.lambert@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 32

## **Leiterin der Politikabteilung**

---

Angelika Poth-Mögele

Mail : angelika.poth-moegele@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 40

## **leiter des kabinetts des Generalsekretärs**

---

Christophe Chaillou

Mail : christophe.chaillou@ccre.org

Tel : + 33 1 44 50 59 59

## **Direktorin für Verwaltung und Finanzen**

---

Dominique Arrestat

Mail : dominique.arrestat@ccre.org

Tel : + 33 1 44 50 59 59

## **Presse- und Kommunikationsreferent**

---

Patrizio Fiorilli

Mail : patrizio.fiorilli@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 34

## **Referentin für Beschäftigung und Soziales, Arbeitgeberplattform und Informationsgesellschaft**

---

Asli Ozceri

Mail : asli.ozceri@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 36

## **Projektbetreuerin – ELANET-Netzwerk**

---

Laura Kaslová

Mail : laura.kaslova@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 42

## **Projektbetreuerin**

---

Pirita Lindholm

Mail : pirita.lindholm@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 38

## **Referentin für Städtepartnerschaften, lokale gewählte Mandatsträgerinnen, dezentralisierte Kooperation**

---

Sandra Ceciarini

Mail : sandra.ceciarini@ccre.org

Tel : + 33 1 44 50 59 59

## **Referent für Umwelt, Verkehr und Energie**

---

Sylvain Chevassus

Mail : sylvain.chevassus@ccre-cemr.org

Tel : + 32 2 500 05 35

## **Referent(in) für Kohäsion und Strukturfonds**

---

Unbesetzt

Tel : + 32 2 500 05 40



**> RGRE Paris**

15 Rue de Richelieu

F - 75 001 Paris

Tel. : + 33 1 44 50 59 59 Fax : + 33 1 44 50 59 60

[www.ccre.org](http://www.ccre.org)

E-mail : [cemr@ccre.org](mailto:cemr@ccre.org)

**> RGRE Brüssel**

Rue d'Arlon, 22

B - 1050 Brüssel

Tel. : + 32 2 511 74 77 Fax : + 32 2 511 09 49

[www.ccre.org](http://www.ccre.org)

E-mail : [cemr@ccre.org](mailto:cemr@ccre.org)



*Der RGRE dankt der Europäischen Kommission  
für ihre finanzielle Unterstützung*

*Die Kommission ist nicht verantwortlich für den Gebrauch,  
der von den in dieser Veröffentlichung enthaltenen  
Informationen gemacht werden könnte.*



*Partner des RGRE  
[www.euractiv.com](http://www.euractiv.com)*